

Anike Joyce Sadiq Thomas Locher

1. März - 7. April 2024

AFTER THE BUTCHER, Ausstellungsraum für zeitgenössische Kunst und soziale Fragen, freut sich, die Ausstellung von Anike Joyce Sadiq und Thomas Locher zu präsentieren.

Die Ausstellung der Künstler*innen basiert auf zwei künstlerischen Projekten, die das Recht betreffen.

In beiden Arbeiten werden auf unterschiedliche Weise Forderungen und Erwartungen berührt und verhandelt, die durch unsere Ausstellung erneut in einen gesellschaftlichen Raum der Entscheidbarkeit oder Nicht-Entscheidbarkeit gestellt werden. Beide Arbeiten werfen Fragen auf, die zurecht an das Recht gestellt werden und die in einem Fall als Rechtsstreit verhandelt wurden und die beide unmittelbar politische Dimensionen und gesellschaftlichen Sprengstoff freilegen.

Beide künstlerischen Projekte erarbeiten einen konkreten Begriff davon, dass das Recht und mit ihm die Rechtsprechung, Gerichtsbarkeit bis zur Strafbewehrung, ein elementarer Pfeiler der strukturellen Macht- und Gewaltverhältnisse des Staates darstellt.

Bei Anike Joyce Sadiqs Arbeit „*Denkmalschutz aufheben*“ handelt es sich um ihren Vorschlag den sie im Rahmen des Internationalen Wettbewerbs zum deutschen Kolonialdenkmal in Braunschweig 2022 einreichte. Der Schutz des Denkmals und die gleichzeitige Einladung zur Auseinandersetzung in Form des Wettbewerbs ist Sinnbild für die paradoxe Beziehung zwischen der auf Rassismus und Ausbeutung basierenden kolonialen Vergangenheit (schützenswert) und der Einsicht, dass diese Vergangenheit nicht abgeschlossen ist.

In seinem Beitrag „*Soldatenuurteil*“ für das Zeitungsprojekt ‚*The Message as Medium*‘ aus 1990/1991 analysierte Thomas Locher den Satz „Alle Soldaten sind potentielle Mörder“. Diesen - auf Kurt Tucholsky zurückgehenden - Satz äußerte ein Vertreter der Friedensbewegung in einer öffentlichen Diskussion vor Schülern gegenüber einem Offizier der Bundeswehr in den 1980er Jahren. Der Satz hatte eine langjährige rechtliche Auseinandersetzung zur Folge, die in der letzten Rechtsinstanz nicht entschieden wurde.

Gegensätzliche Bewegungen lassen sich im Recht festmachen:

Zum einen die zunehmende Verrechtlichung, dem Bedürfnis folgend politische Entscheidungen, Ereignisse und Verhältnisse in Rechtsformen - Gesetze - zu gießen.

Das kann nicht alle Ereignisse betreffen; denn Politik verrechtlicht vor allem das, was sich im Sinne der Logik der Repräsentation und der Kontinuität von Herrschaft verrechtlichen lässt. Zum anderen findet eine Inklusion berechtigter und gerechter Forderungen in das Recht selbst nicht immer statt. Die Folgen sind Lücken und Leerstellen, die dann als Mangel von Gerechtigkeit und Emanzipation erfahrbar werden, die der fragilen Beziehung von Gleichheit und Freiheit zu schaffen machen.